



## Informationen der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe des Kantons Solothurn

*Geschäftsstelle: Andreas Gasche · Kantonal-Solothurnischer Gewerbeverband · Hans Huber-Strasse 38 · 4500 Solothurn  
Telefon 032 624 4 624 · Mobile 079 629 02 44 · andreas.gasche@kgv-so.ch · www.wirtschaftspolitik-so.ch*

### Stellungnahme zu den Geschäften der bevorstehenden Kantonsratssession

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe hat an seiner Vorstandssitzung vom 20. Juni 2022 die wirtschaftsrelevanten Geschäfte<sup>1</sup> für die bevorstehende IV. Kantonsrats-Session vom 28./29. Juni und 6. Juli 2022 beraten. Wir erlauben uns, Sie über die Empfehlungen des Vorstandes der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe zu informieren.

- 03. SGB 065/2022 Egerkingen, Oltnerstrasse, Abschnitt Bachmattstrasse bis Knoten Schlegelhof, Neubau Kreisel Winterlen, Umgestaltungsmassnahmen; Bewilligung eines Verpflichtungskredites (BJD)**

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Geschäft zuzustimmen.**

**Begründung:** Im Rahmen des Ausbaus der A1 zwischen Härkingen und Luterbach wird auch eine Abstimmung mit der Kantonsstrasse und eine Anpassung der Autobahnanschlüsse in Egerkingen notwendig. Die Region entwickelt sich wirtschaftlich weiterhin stark und dieser Verkehrsknoten ist ein ausgewiesenes Nadelöhr. Die Umgestaltungsmassnahmen dienen der Verflüssigung des Verkehrs und kommen damit auch dem Gewerbe und der Industrie zugute.

- 05. \*RG 033/2022 Gesetz über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) (BJD)**

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, der Vorlage zuzustimmen.**

**Begründung:** Für die Wirtschaft ist von Bedeutung, dass der ÖV pendlerfreundlich ist, da viele Arbeitnehmer und Arbeitgeber den ÖV nehmen. Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe begrüsst zudem, dass bei der Dekarbonisierung des strassengebundenen öffentlichen Verkehrs die Technologieneutralität gegeben ist.

<sup>1</sup> Die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft und Gewerbe behandelt in erster Linie Sachgeschäfte, Rechtsetzungsgeschäfte und Aufträge. Der Vorstand nimmt in der Regel keine Stellung zu Interpellationen.

**08. VA 211/2021 Volksauftrag «Eine Solaranlage für jedes Gebäude» (BJD)**

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, den Volksauftrag im Wortlaut des Regierungsrates anzunehmen.**

**Begründung:** Das Energiekonzept und das in Kürze erwartete Energiegesetz werden den Volksauftrag aufnehmen. Es ist nicht sinnvoll, mehrspurig zu laufen und parallele Aufträge erheblich zu erklären. Von Bedeutung wird die konkrete Umsetzung des Auftrags sein. Zinslose Darlehen sollen nur in Härtefällen vergeben werden. Zu prüfen sind stattdessen Bürgschaften des Kantons.

**10. A 223/2021 Auftrag fraktionsübergreifend: Keine Zugsausfälle auf Kosten des Kantons Solothurn (BJD)**

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, den Vorstoss im Wortlaut des Regierungsrates erheblich zu erklären.**

**Begründung:** Kurzfristige Zugsausfälle führen zu Ausfällen am Arbeitsplatz und damit auch zu weniger Planbarkeit in einem Betrieb.

Wenn Arbeitnehmer oder Arbeitgeber den ÖV nehmen, dann ist das für die Umwelt gut und aus der Sicht des Betriebes einen Beitrag zu Nachhaltigkeit. In diesem Fall müsste aber der ÖV auch berechenbar sein, sonst ist die Gefahr gross, dass die betroffenen Personen wieder auf den Individualverkehr umsteigen.

**12. A 247/2021 Auftrag Janine Eggs (Grüne, Dornach): Förderung von autofreien und autoarmen Wohnbebauungen (BJD)**

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, den Auftrag abzulehnen.**

**Begründung:** Sowohl im Rahmen der kantonalen Gesetzgebung wie auch bei der Begleitung und Genehmigung von kommunalen Nutzungsplanungen bestehen bereits ausreichende Möglichkeiten, «autofreie und autoarme Wohnüberbauungen» zu erstellen. Der Vorstoss ist in diesem Sinn unnötig und ist abzulehnen.

**13. A 021/2022 Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Bewilligungsfreier Ersatz von fossilen Heizungen (BJD)**

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, der Erheblich-Erklärung im Sinne der UMBAWIKO zuzustimmen.**

**Begründung:** Die Präzisierung ist sinnvoll. Die Beschränkung auf den Innenbereich verhindert Klagen und nachbarschaftliche Streitigkeiten.

**18. A 217/2021 Auftrag Fraktion glp: Schaffung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen für Photovoltaikanlagen (PVA) (VWD)**

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, der Erheblich-Erklärung zuzustimmen.**

**Begründung:** Die hohe Volatilität des Rückliefertarifs hemmt heute Private und Firmen bei der Tätigung einer Investition in eine Photovoltaikanlage. Sie macht es praktisch unmöglich, die Amortisationsdauer oder gar die Kostendeckung zu berechnen. Jedoch ist ein minimaler Rückliefertarif marktwidrig und untauglich, und müsste auf Bundesebene entschieden werden. Hingegen bietet die Einführung einer Solar-Risikoversicherung zur Absicherung des Rückliefertarifs eine langfristige Sicherheit bei der Investition und soll dadurch zu einem Anstieg der Photovoltaikanlagen führen.

**19. A 241/2021 Auftrag Marlene Fischer (Grüne, Olten): Ladeinfrastruktur für Elektromobilität: Rahmenbedingungen schaffen (BJD)**

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat grossmehrheitlich, der Erheblich-Erklärung im Sinne des Regierungsrates zuzustimmen.**

**Begründung:** Die Umsetzung des SIA-Merkblatts 2060 «Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Gebäuden» ist sinnvoll. Das Merkblatt wird heute bei Neubauten schon oft angewendet.

**32. SGB 064/2022 Projektergänzungen beim A1-Ausbau im Gäu; Bewilligung eines Verpflichtungskredits (BJD)**

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Geschäft zuzustimmen.**

**Begründung:** Dank dem dringlichen, fraktionsübergreifenden Auftrag AD 0213/2020) liegen nun alle möglichen Projektergänzungen und deren Kosten-Nutzen-Verhältnis auf dem Tisch. Dabei zeigte sich, dass dieses Verhältnis einzig bei der Verlängerung der Lärmschutzwand Oensingen (V1.3a) mit Kosten in der Höhe von 9'400'000 Franken gegeben ist. Bei allen anderen Massnahmen, insbesondere bei der Untertunnelung mit Kosten von 150'000'000 Franken, ist ein gesundes Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht gegeben.

Ein Weiterverfolgen der Untertunnelung würde das Projekt um mindestens 5 bis 6 Jahre verzögern. Das Plangenehmigungsverfahren und voraussichtlich auch das Verfahren zur Genehmigung des generellen Projektes durch den Bundesrat müssten wiederholt werden. Dabei wären auch Einsprachen wieder möglich. Eine solche Verzögerung gilt es unbedingt zu vermeiden.

**36. \*RG 088/2022 Änderung des Gesetzes über die amtlichen Publikationsorgane (Publikationsgesetz, PuG); eAmtsblatt (STK)**

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Geschäft im Sinne der JUKO zuzustimmen.**

**Begründung:** Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe fordert, dass bei Erbschaften und Handänderungen an Grundstücken weiterhin dieselbe Transparenz wie bis anhin gelten soll. Nur so erfahren Firmen, die über Verlustscheine verfügen, dass der Schuldner wieder zu Geld gekommen ist. Und nur so kann das Ausbaugewerbe Handänderungen erkennen und sich den neuen Besitzern der Liegenschaft empfehlen: Ihnen zum Beispiel mitteilen, dass man die Liegenschaft bereits kenne und bisherige Arbeiten ausgeführt hat.

---

Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Session und viele konstruktive Debatten.

Andreas Gasche, Geschäftsführer